

frei.hessen



MAGAZIN VON PARTEI UND FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN HESSEN



**Freiheit wird
nicht von der Tribüne
verteidigt**

Mehr als Status quo erhalten



SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

wir Freien Demokraten räumen Anstrengungen für mehr Bildung immer oberste Priorität ein. Bildung ist schließlich ein urliberales Thema, da unser Menschenbild vom gebildeten und mündigen Bürger ausgeht. Folglich steht sie in unserem Bundestagswahlprogramm an prominenter Stelle. Beste Bildung für jeden bedeutet, alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, in die Lage zu versetzen, ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben in Freiheit zu ermöglichen.

Doch was zeichnet Freiheit aus? Wo sind ihre Grenzen? Und wie viel sollte sie uns wert sein in einer Zeit, in der wir ständig mit der Gefahr des internationalen Terrorismus konfrontiert werden? Fragen, die schnell deutlich machen, dass der Umgang mit Freiheit einer eigenen verantwortlichen Haltung bedarf. Mich persönlich treibt grundsätzlich das Bild vom selbstbestimmten, freien Menschen an. Ich will mir nicht vorschreiben lassen, was ich zu essen habe, ich will nicht gesagt bekommen, was ich zu glauben habe. Und ich will nicht, dass die ganze Verantwortung an den Staat delegiert wird. Jeder Mensch soll selbst entscheiden können, wie er sein Leben gestaltet. Dafür machen sich Freie Demokraten seit jeher stark.

Bei der Bundestagswahl am 24. September geht es um eine Richtungsentscheidung für unser Land. Die Große Koalition lässt jeglichen Gestaltungswillen vermissen und wirkt mit der Regierungsarbeit überfordert. Bei Konflikten wie der Flüchtlingskrise hat sie sich weggeduckt und die Dinge ihren Lauf nehmen lassen, anstatt

geltendes Recht durchzusetzen und ein modernes Einwanderungsgesetz zu schaffen. Wir Freien Demokraten haben lange auf der Zuschauertribüne verweilen müssen. Jetzt fühlen wir uns bereit, unserem Land neue Impulse zu geben. Die Verwaltung des Status quo, so staatstragend sie auch verkörpert werden mag, wird nicht ausreichen, um den Wandel der Digitalisierung, die demografischen Veränderungen und nicht zuletzt die Verlagerung von Wirtschaftskraft in den asiatischen Raum zu bewältigen.

Ich freue mich auf einen engagierten Wahlkampf mit Ihnen allen und bin optimistisch, dass im nächsten Deutschen Bundestag wieder eine starke Stimme für die Freiheit vertreten sein wird, die, wie ich in letzter Zeit immer häufiger höre, so dringend gebraucht wird.

IHR

DR. STEFAN RUPPERT
LANDESVORSITZENDER DER FDP HESSEN



facebook.com/fdphessen



fdp-hessen.de



Sie können frei.hessen auch online lesen:

fdp-hessen.de/frei-hessen/

4

Die organisierte Idee der Freiheit

© KatarzynaBialasiewicz / iStock / Thinkstock

- 4** **Die organisierte Idee der Freiheit**
TITELTHEMA von Dr. Stefan Ruppert und Till Mansmann
- 7** **Zum Thema der Freiheit**
FREMDE FEDER von Dr. Wolfgang Gerhardt
- 8** **Hessens Schulen und die Grenzen
des Leistbaren**
SCHWERPUNKT
- 12** **Politik für Wohlstand statt
nur für Wohlfühlen**
LANDESPARTEITAG von Oliver Stirböck
BUNDESTAGSKANDIDATEN FDP Hessen
- 14** **Für ein besseres Europa**
FOKUS von Nicola Beer
- 16** **Rock übernimmt Vorsitz
der FDP-Landtagsfraktion**
PERSONALIE
- 18** **Soziale Marktwirtschaft –
Freund oder Feind?**
SPECIAL von Bettina Stark-Watzinger
- 20** **Wirtschafts- und Industrie-
standort Hessen stärken**
BLICKPUNKT
- 22** **Die schwarz-grünen
Vorkämpfer für Respekt und
die nüchterne Realität**
GLOSSE von Daniel Rudolf
- 23** **Pinnwand**
KURZ UND BÜNDIG
- 24** **Inhalte statt Dienstwagen**
INTERVIEW mit Nicola Beer
IMPRESSUM

Die organisierte Idee der Freiheit

Von Dr. Stefan Ruppert und Till Mansmann



© SerbBgd / iStock / Thinkstock

Man stelle sich die ganze Menschheit reduziert auf die Gäste eines Restaurants vor, an verschiedenen Tischen schaffen sie verschiedene Gesellschaften. Man stelle sich weiter einen Tisch dort vor – sagen wir: mit vier Personen. Und allen stehen je 30 Euro zur Verfügung. Man kann davon ausgehen: So eine Gesellschaft halten alle Menschen erst einmal für „gerecht“ – es gibt keinen Grund, eine materielle „Ungerechtigkeit“ anzunehmen. Entsprechend besteht hier wenig Diskussionsbedarf. Es ist ein eher stiller Tisch, über Materielles wenigstens muss hier nicht gesprochen werden. Man muss vorsichtig bestellen, die Mittel sind begrenzt, aber das geht ja allen so.

Am Nachbartisch sitzen auch vier Personen – von denen erhält einer 90 Euro, einer 140, einer 170 einer 400 Euro. Nun wird es interessant – an diesem Tisch wird heftig diskutiert: Im Schnitt hat jeder 200 Euro – warum also bekommt einer mehr, die anderen drei weniger? Bestellungen sind kein Problem, die meisten Gerichte sind für alle erschwinglich. Dennoch liegt der Vorwurf der „Ungerechtigkeit“ in der Luft. Es drohen Streit, Auseinandersetzung, aber auch der Bedarf nach einer Einigung, denn schließlich will man noch einen schönen Abend haben.

Aber die eigentliche Frage ist nun: An welchen Tisch wollen Menschen, die frei entscheiden können, lieber

Platz nehmen? Wo halten sie sich lieber auf? Wer zweifelt daran, dass Menschen den höheren Standard wählen: Wenn alle die Situation an beiden Tischen erfasst haben, will eigentlich jeder an Tisch zwei sitzen – mit der Chance auf 1.000 Euro, aber im schlimmsten Falle immer noch mehr als doppelt so viel wie an Tisch eins. Schon gar, wenn klar wird, dass mit eigener Leistung – worin sie auch bestehen mag, es muss nur eine Leistung sein, die die anderen im Wesentlichen anerkennen –, dass mit solch einer Leistung die Chance auf eine höhere Summe steigt. Die Diskussionen um Verteilung beendet das nicht, aber es könnte sie pragmatischer machen: Wenn alle einsehen, dass Tisch eins für sie keine wirkliche Alternative ist.

Es ist ja gar nicht so lange her, dass die ganze Welt in ähnlicher Weise aufgeteilt war: Tisch eins waren die „sozialistischen Bruderstaaten“ im Osten, Tisch zwei der „freie Westen“. Mit dem Unterschied: Wenn jemand von Tisch eins zu zwei wechseln wollte – wo man bereitwillig Aufnahme signalisiert hatte –, dann drohten schärfste Sanktionen. Aber das soll hier nicht Thema sein, sondern: Sehen wir ein, dass die Soziale Marktwirtschaft zwar materielle Unterschiede, insgesamt aber breiten Wohlstand gebracht hat? Oder zeigen wir in einer hart geführten „Gerechtigkeitsdebatte“ um Umverteilung, dass wir diese Ungleichheit nicht aushalten?

Aber hier soll die Frage sein: An welchem Tisch hat der Liberalismus einen akzeptierten Platz? Sicherlich nicht an Tisch eins – hier sitzen eher Sozialisten oder auch nationale Kollektivist, man würde also sagen: Linke und Rechte eher extremer Ausprägung. Aber gibt Tisch zwei dadurch schon ein liberales Bild ab? Wieder nein: Hier können auch Konservative sitzen oder Sozialdemokraten. Was unterscheidet den Liberalen zusätzlich zu dem Umstand, dass er Unterschiede leichter aushält?

Der Liberale gibt einfach nicht so viel auf den Vergleich der Menschen, der bei materiellen Gerechtigkeitsdebatten so weit im Vordergrund steht. Sondern er stellt das Individuum an sich in den Mittelpunkt. Liberalismus schöpft seine Kraft eher aus innerer Haltung als aus einer politischen Positionierung, theoretische Debatten, wie die Welt sein sollte, sind weniger seine Ausrichtung – und so steht auch das Individuum, das Verantwortung für sich und andere übernimmt, im Zentrum aller politischen Überlegungen. Andere gesellschaftliche Strömungen, die politischen Wettbewerber, sehen wohl, dass der einzelne Mensch im Zentrum liberalen Denkens steht – sie haben daraus den Vorwurf konstruiert, insbesondere wir deutschen Freien Demokraten seien eine Partei der Selbstoptimierer.



HOMEPAGE:

<http://bit.ly/2sSs0Br>



VIDEO:

<http://bit.ly/2spwdq5>

Angesichts dieses Vorwurfs wäre es an den Freien Demokraten, von Ungerechtigkeit zu sprechen: Damit wird man dem Liberalismus nicht gerecht. Natürlich wollen Liberale, auch wir deutschen Freien Demokraten, dass Leistung sich bezahlt machen kann. Wir akzeptieren also, dass dies zu materiellen Unterschieden führt, weil nicht jeder die gleiche Leistung anstrebt oder erreicht.

Das liberale Konzept von Verantwortung für sich und andere bedeutet auch, Besitz verantwortlich einzusetzen. Seit Gründung der FDP vor fast 70 Jahren ist die Sozialpflichtigkeit von Eigentum, wie sie auch im Grundgesetz festgehalten ist, in der Partei nie in Frage gestellt worden. Gleich zu Beginn, als die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik festgelegt wurde, hatten sich die liberalen Akteure gegen ein völlig freies Spiel der Kräfte, gegen „Turbo-Kapitalismus“ gestellt: Die Schaffung eines Kartellamts, das für einen wirklichen und fairen Wettbewerb sorgen sollte, war ein ganz wesentlicher Baustein der Sozialen Marktwirtschaft. Auch ein gewisser Ausgleich materieller Ungleichheit in Form einer progressiven Besteuerung und ausgleichender Sozialleistungen aus genau diesen Steuermitteln wurden von der FDP nie in Frage gestellt. Nur die genaue Ausformung, die Höhe der Summen und Prozentwerte wurden diskutiert, wie in anderen Parteien auch, nur eben immer mit dem Schwerpunkt auf den Grundrechten der Individuen, zu denen auch das Eigentum gehört, und dem aus allen Gesetzen folgenden Einfluss auf die Leistungsfähigkeit des Einzelnen und der wirtschaftlichen Kraft der Gesellschaft als Ganzem.

Aber zusätzlich wurde in der FDP immer gefragt: Welche Aufgaben soll der Staat übernehmen, und welche überlassen wir den freien Menschen, seinen Bürgern also? Was darf der Staat alles regeln, und wo hat er sich grundsätzlich herauszuhalten? Alles das sind Fragen, auf die bereits unsere Verfassung von 1948, das Grundgesetz, eine Richtschnur bietet. Aber dieses Grundgesetz lässt auch

noch weiten Gestaltungsspielraum – es steckt nur das Spielfeld ab, in dem der politische Ball bleiben soll, und sanktioniert wird nur, wer regelwidrig Foul spielt.

Vor allem aber hat die FDP immer einen Gedanken ins Zentrum gestellt, von dem aus alle politischen Forderungen gedacht wurden: die Freiheit des Einzelnen, sein Leben in die Hand zu nehmen, und das in erster Linie gar nicht nur wirtschaftlich, sondern in der ganzen Breite des menschlichen Lebens. Der Staat soll ihm keine Vorschriften machen können, wie er zu leben hat, was ihm wichtig ist, mit wem er Umgang pflegt oder gar zusammenleben will. Das ist ein Freiheitsbegriff, der dem Menschen das Vertrauen entgegenbringt. Du weißt schon, was Dir wichtig ist, wie Du Dein Leben anpackst und Deine Zukunft planst. Es ist aber auch ein Freiheitsbegriff, der aus der Verantwortung nicht entlässt: der durchaus fordert, in die Verantwortung für sich selbst auch die anderen einzubeziehen und für andere Menschen konkret oder das Gemeinwesen allgemein Verantwortung zu übernehmen.

Es war eine beeindruckende Erfahrung, dass in dieser Hinsicht die FDP gerade auch eine Feuerprobe wirklich bestanden hat: Dass die Wähler die FDP aus dem Bundestag 2013 und gleichzeitig aus vielen Landesparlamenten herausgefegt haben, das hätte bei einer Partei der Egoisten das Ende bedeutet: Vier Jahre außerparlamentarische Opposition, die Partei an ganz wesentlichen Stellen nur noch rein ehrenamtlich, ohne die Unterstützungen aus den Mandaten, durch die größte Krise ihrer Parteilgeschichte zu führen, das war nur mit Liberalen möglich, die mit großem Enthusiasmus, aus innerer Überzeugung heraus und mit einem großen Verantwortungsgefühl für die gemeinsame Sache gehandelt haben. Es war schön zu sehen, dass bei einigen der letzten Landtagswahlen die in dieser Zeit geleistete Aufbauarbeit honoriert wurde: Die politischen Botschaften, seit der Verengung in der letzten Legislaturperiode auf das Steuerrecht (das der FDP weiterhin wichtig ist – aber eben nur als eines unter mehreren wichtigen Themen), werden wieder als interessant, als zukunftsorientiert, als bedenkenswert wahrgenommen. Und auf diesem Weg haben wir es zuletzt immer öfter auch wieder über die öffentlichen Wahrnehmungsschwellen der Massenmedien geschafft.

Die Idee der Freiheit an sich ist einfach – aber die Antworten, die man vor diesem Hintergrund gibt, sind so vielfältig wie die sich dauernd ändernden Fragen und Herausforderungen. Gerade die Digitalisierung stellt uns vor Probleme, bietet uns dabei aber auch Chancen, die

die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes nicht im Entferntesten erahnen konnten – es ist verblüffend, wie gut wir aber auf der Basis des von ihnen formulierten Gesetzes jedoch auch heute noch in der Lage sind, diese Herausforderungen anzunehmen: Wer von Grundrechten der Menschen ausgeht, hat eben immer auch eine Antwort auf neue Fragen. Es ist uns in den letzten sieben Jahrzehnten gelungen, einen immensen Wohlstand zu schaffen, politische Lehren aus einer schrecklichen Vergangenheit so zu ziehen, dass die Form der Freiheit, wie sie in Deutschland heute politisch gelebt wird, zum geachteten Vorbild für viele andere Länder geworden ist. An diesem Erfolg hat die FDP in der Vergangenheit an sehr vielen Stellen verantwortlich und bisweilen unter Einsatz ihrer parlamentarischen Existenz mitgearbeitet – und wir Freien Demokraten erheben den Anspruch, das nach dem 24. September wieder zu machen.

Die Erfolgsgeschichte unseres Landes hat gezeigt, wie lebenswert, wie aufregend, wie leistungsstark eine Gesellschaft freier Menschen sein kann – und wir Freien Demokraten verbinden einige dieser Menschen, denen der Gedanke der Freiheit besonders wichtig ist, zu einer Partei, die kollektivistischen Gesellschaftsverständnissen, wie sie gerade weltweit wieder Konjunktur, aber durchaus auch in Deutschland noch viele Freunde haben, eine klare Überzeugung entgegensetzen: Bei allen politischen Vorhaben müssen der einzelne Mensch und sein Recht auf freie Entfaltung im Mittelpunkt stehen. Mit diesem Konzept bilden wir den schärfsten Kontrast zu den Populisten unterschiedlichster Couleur und wir können sie besiegen, wie einige Wahlen dieses Jahres gezeigt haben. Der Mensch ist das Maß, das wir anlegen werden, wenn es wieder um die Frage gehen wird, welche Politik wir unterstützen können oder wo wir bessere Ideen erarbeiten und zur Diskussion stellen. An einem Tisch, an dem Liberale Platz nehmen wollen, müssen nicht alle das materiell Gleiche haben – aber alle haben die gleichen Rechte und sollen die gleichen Chancen bekommen, etwas daraus zu machen. An so einem Tisch geht es auch laut her, man hört immer auch wieder etwas, das einem nicht gefällt – aber diskutiert wird mit Achtung auch vor anderen politischen Vorstellungen. Denn nur, wer die Meinung des anderen achtet, gewährt ihm das grundsätzlichste aller Grundrechte: das Recht, über sein Leben selbst zu entscheiden, wie es die Amerikanische Verfassung sehr schön mit dem „pursuit of happiness“, dem Recht, nach eigenem Glück zu streben, so treffsicher formuliert hat. Und das ist eben nur möglich, wenn man dem anderen die Freiheit zur Selbstentfaltung zugesteht – und ihn, zum Beispiel mit einer guten, breit angelegten Bildungspolitik, auch in die Lage versetzt, so einen selbstbestimmten Weg einzuschlagen. Und dafür stehen in Deutschland vor allem die Freien Demokraten.

Zum Thema der Freiheit

Von Dr. Wolfgang Gerhardt

Viele Menschen können mit Freiheit in Wohlfahrtsge-
sellschaften nicht allzu viel anfangen. Sie nehmen
gerne ihre Vorteile an, beantworten ihre Anforder-
ungen aber mit Achselzucken. Sie erscheint manchen
nicht so bedeutsam, weil selbstverständlich, für andere
wiederum klingt sie zu abstrakt oder metallisch. Manche
haben Angst vor ihr. Nicht wenige fürchten, dass sie an-
deren mehr nutzen könnte als ihnen selbst. Viele geben
sich als Bedenkenträger nach dem Motto: Zu viel Frei-
heit sei schädlich, sie fördere am Ende eher den Ego-
ismus und die Ellbogengesellschaft. Wer die Liberalen
unterstütze, der müsse am Ende alles selber machen,
ist dann das letzte Argument derer, denen sie mit zu viel
Mühe und Anstrengung verbunden ist.

Die Menschen durch den Staat vor der Zugluft der Frei-
heit zu schützen, ist deshalb auch das überwiegende
Wählerbewirtschaftungsangebot in der deutschen Par-
teienlandschaft. CDU und CSU erleben seit einiger Zeit
etwas, für das die Beobachter zu Recht den Begriff Sozi-
aldemokratisierung erfunden haben, und die SPD selbst,
die von ihren eigenen früheren Reformen der Agenda 2010
zunehmend abrückt, kämpft um die politische Pole-Posi-
tion in diesem Trend der umfassenden Betreuung. Bei
Bündnis 90/Die Grünen waren die großen moralischen
Pathosbotschaften schon immer im Schwange – Oswald
Metzger nennt sie Sozialstaatsvöllerei, die jede ökonomische
Vernunft verhöhne. Ganz zu schweigen bei „Die
Linke“, die glaubt, dass ihr die Sorgen der Menschen so-
wieso ganz allein gehören.

Das alles ist kein emanzipatorisches Projekt. Das An-
gebot ist nicht mehr und nicht weniger als die Vorstel-
lung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die
allerdings dem Wunsch vieler Mitbürger zu entsprechen
scheint. Sie wählen, als ob es dies gäbe. Wundermittel
aus der politischen Apotheke, lesen aber weder den Bei-
packzettel noch beachten sie die Verfallsdaten und Ne-
benwirkungen. Sie wollen immer die Wahrheit hören,
wählen aber die Märchenerzähler. Die FDP steht nicht da,
wo das Gedränge der Betreuer und Bevormunder groß ist.
Sie beteiligt sich an keiner Politik, bei der die Setzkar-
toffeln für die Zukunft schon in der Gegenwart vertilgt
werden.



DR. WOLFGANG GERHARDT

Vorstandsvorsitzender der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Liberaler sollten sich nicht dafür entschuldigen, dass sie
keine Patentrezepte anbieten. Sie können weder mythische
Sehnsüchte nach Welterklärung noch ein übermächtiges
Verlangen nach Absicherung zufrieden stellen. Sie dür-
fen weder großspuriger Rhetorik noch der Entwicklung
von Fluchtburgen gegenüber komplexen Herausforde-
rungen nachgeben. Die sind langfristig ruinös. Sie müssen
Herausforderungen ertragen können und Verführungen
des Einfachen widerstehen. Sie brauchen Passion, Sub-
stanz und ein Bewusstsein für Werte. Sie müssen ein
Klima des Selbstvertrauens und der Verantwortung prä-
gen.

Liberalismus ist kein einfaches parteipolitisches Pro-
gramm. Es ist eine Haltung. Liberale wissen, dass
Demokratie zerbrechlich ist. Dass Toleranz nicht mit
Gleichgültigkeit verwechselt werden darf. Dass Denken
Mut dort erfordert. Freiheitliche Politik ist nie perfekt,
aber besser als alle Gesellschaftsentwürfe, die gerade
sie unterdrücken.

Hessens Schulen

und die Grenzen des Leistbaren



Hessenweit klagen Lehrer über die gestiegenen Anforderungen im Schulalltag. Viele sehen bereits die individuelle Förderung der Kinder gefährdet. Statt Inklusion mit der Brechstange durchzusetzen, fordern die Freien Demokraten eine Bildungsinitiative gegen die Überlastung der hessischen Lehrkräfte.

Nicht nur in der Politik, sondern auch in den Medien ist das Thema Inklusion seit Jahren ein Dauerbrenner. Insbesondere in diesem Jahr mehren sich die kritischen Berichte, die vor allem die Überforderung der Lehrkräfte in den Fokus nehmen. So berichtete beispielsweise die Deutsche Presseagentur (dpa) kürzlich, welche Schwierigkeiten es aktuell bei der Umsetzung der Inklusion im Schulalltag gibt, und porträtierte hierfür den Frankfurter Grundschullehrer Klaus Rödler, in dessen Klasse fünf von 22 Kindern einen Förderbedarf haben. „Es reicht nicht, zu sagen: Ihr dürft alle hier sein. Wer Inklusion macht, hat eine riesige Verantwortung“, erklärt der Pädagoge. Für eine gelungene Inklusion ist aus seiner Sicht vor allem eine Sache entscheidend: „Wenn man es gut machen will, braucht man viel Personal.“



von einzelnen Schülern und die Frage nach Inklusion beschränkt: Zunehmend werden auch kulturelle, religiöse und soziale Unterschiede und die Frage der Bildungsnähe bzw. -ferne zu erheblichen Herausforderungen für die hessischen Lehrkräfte und Schulen. Es rückt also die Frage immer stärker in den Vordergrund, wie eine bestmögliche individuelle Förderung aller Schüler entsprechend ihren Begabungen und Fähigkeiten vor dem Hintergrund der sich wandelnden Bedingungen an unseren Schulen stattfinden kann. Aufschluss über die Perspektive der Lehrer zu diesem Thema gab das kürzlich veröffentlichte Ergebnis einer Forsa-Umfrage im Auftrag des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) mit der eindeutigen Feststellung: 97 Prozent der befragten Lehrer sprachen sich dafür aus, auch bei Einrichtung eines inklusiven Schulsystems die bisherigen Förder- und Sonderschulen alle (59 Prozent) oder mindestens teilweise (38 Prozent) zu erhalten. Nur 2 Prozent halten Förder- und Sonderschulen hingegen perspektivisch für entbehrlich.

Auch Greilich spricht sich klar dafür aus, dass mindestens auf absehbare Zeit die Förderschulen in Hessen erhalten bleiben müssen, um eine bestmögliche Förderung eines jeden Kindes gewährleisten zu können. „Wir sind für eine Bildungspolitik, die sich klar am Kindeswohl orientiert, und deshalb gilt: Kein Schüler darf unter halbherzig mit der Brechstange umgesetzter Inklusion leiden“, stellt Greilich klar. Er warnt davor, dass die schwarz-grüne Landesregierung „in diesem wichtigen und sensiblen Bereich“ aktuell auf bloße Luftschlösser setzt und die realen Bedingungen an Hessens Schulen ausblendet.

Zu wenig Personal, zu viele Aufgaben

Tatsächlich fehlen derzeit bereits über 70 Förderschullehrkräfte – und diese Entwicklung wird sich absehbar weiter verschärfen. Um sich ein klares Bild über die aktuelle Situation der Schulen machen zu können, haben die Freien Demokraten im Hessischen Landtag gleich mehrere Anfragen eingebracht. Das Ergebnis ist eindeutig:



„Kein Schüler darf unter halbherzig mit der Brechstange umgesetzter Inklusion leiden.“

Wolfgang Greilich,
bildungspolitischer Sprecher der
FDP-Fraktion im Hessischen Landtag

Für den FDP-Bildungsexperten Wolfgang Greilich sind derartige Berichte aus der Unterrichtspraxis nicht neu. Bei der letzten Plenardebatte zum Thema Inklusion zitierte der Bildungspolitiker aus dem Brief einer Lehrerin, die eindringlich beschreibt, dass es in ihrer Schule an allen Ecken und Enden klemmt. Insbesondere an die schwarz-grüne Landesregierung appellierte Greilich am Ende der Debatte: „Entscheidend ist doch: Die Lehrer halten das nicht mehr aus, sie schaffen es nicht mehr!“ Konkret bezieht sich der Liberale auf die Belastungssituation der Lehrkräfte in Hessen, die stetig durch zunehmende Heterogenität, aber auch durch die Erwartungen und Anforderungen von Eltern und weiterführenden Bildungseinrichtungen ansteigt.

Lehrer plädieren für Erhalt der Förderschulen

Die Heterogenität in der Schülerschaft ist jedoch längst nicht mehr auf die Frage der besonderen Bedürfnisse



Weder sind die zur Umsetzung der Inklusion notwendigen Ressourcen derzeit an Hessens Schulen flächendeckend vorhanden noch können sie kurzfristig geschaffen werden. „Die Realisierung von Inklusion ist nur möglich, wenn die Schulen über eine entsprechende Ausstattung verfügen. Wenn man sich nicht an der Zukunft unserer Kinder versündigen will, darf nicht an der Qualität der Bildung gespart werden“, kommentiert Greilich die Ergebnisse der Anfragen. Aus Sicht der Freien Demokraten seien angesichts der derzeitigen Überforderungssituation an Hessens Schulen nun vor allem zwei Maßnahmen zu ergreifen: Zum einen muss der Ressourcenvorbehalt auch weiterhin gelten und zum anderen benötigt Hessen vor dem Hintergrund dieser schwierigen Konstellation eine Bildungsinitiative, die mit pragmatischen Einzelmaßnahmen zu einer Entlastung der Schulen beitragen kann.

Bildungsinitiative zur Förderung der Lehrerausbildung und interdisziplinären Zusammenarbeit

Auch wenn eine Erhöhung der Ressourcen an Hessens Schulen eine entscheidende Voraussetzung für die Bewältigung der gestiegenen Anforderungen ist, bedarf es aus Sicht der FDP aktuell dringend weiterer Schritte. Vor allem muss künftig die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Professionen wie beispielsweise von Schulsozialarbeitern, Schulpsychologen, Integrationshelfern und Therapeuten mit den Lehrerinnen und Lehrern gezielt

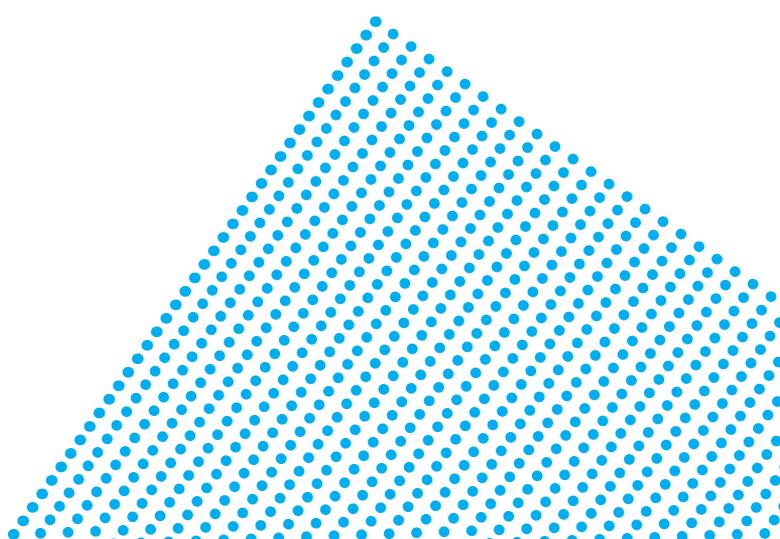
gefördert werden. Außerdem muss die Ausbildung von Lehrkräften den anspruchsvollen Umgang mit der wachsenden Heterogenität stärker in den Blick nehmen. Vor allem für Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer gilt es ein besonderes Weiterbildungsprogramm zu entwickeln, das spezielle Konzepte und Methoden zur Bewältigung der Alphabetisierung von Seiteneinsteigern im Deutschunterricht vermittelt.

„Daran, dass die Realisierung von Inklusion, der Ausbau von Ganztagsangeboten, zusätzliche Sprachkurse und Integration wichtige gesellschaftliche Aufgaben sind, besteht überhaupt kein Zweifel. Wenn wir das Wohl der Kinder in den Mittelpunkt stellen, müssen wir jedoch auch kritisch überprüfen, ob die bisherigen Maßnahmen und Ressourcen, die gemäß dem individuell festgestellten Förderbedarf gewährt werden, tatsächlich ausreichen, um eine inklusive Beschulung im schulischen Alltag an der Regelschule sinnvoll realisieren zu können“, so Greilich. Um die Überlastungssituation an den Schulen in Hessen zu lindern, fordert der schulpolitische Sprecher der Freien Demokraten zudem eine Entlastung der Lehrer von bürokratischen Zusatzaufgaben durch „eine Reduzierung der aktuell übersteigerten Kontrollbedürfnisse des Kultusministeriums“ zugunsten von mehr Vertrauen in die Lehrerinnen und Lehrer. Denn Fakt sei, dass die schwarz-grüne Landesregierung durch Stellenumsteuerungen und zusätzliche Anforderungen an Schulen und Lehrkräfte einen entscheidenden Anteil daran habe, dass die hessischen Schulen längst an den Grenzen des Leistbaren angekommen seien.



HOMEPAGE:

<http://bit.ly/2rqzXse>



Weltbeste Bildung

fängt bei den Jüngsten an



Wissenschaftliche Erkenntnisse belegen, wie wichtig es ist, Kinder möglichst frühzeitig in ihrer Entwicklung zu fördern und zu begleiten. Für die hessischen Freidemokraten ist die Schaffung eines qualitativ hochwertigen Betreuungs- und Bildungsangebots daher eines der Kernthemen in den kommenden Jahren. Die hessische Landespolitik steht aktuell vor der wichtigen Entscheidung, welche Weichenstellung man für die zukünftige Entwicklung der Kindertagesstätten vornimmt. Die Ausgangslage ist aktuell vor allem durch den Mangel an rund 23.000 Krippenplätzen, eine erhöhte Nachfrage aufgrund steigender Geburtenraten sowie fehlende Räumlichkeiten gekennzeichnet. Der FDP-Fraktionsvorsitzende René Rock mahnt, dass in den aktuellen Debatten qualita-

Ein zentrales Manko bestehe aktuell in dem Mangel an qualifiziertem pädagogischem Fachpersonal. „Daher müssen wir alles daransetzen, die besten Fachkräfte für unsere Kinder gewinnen zu können“, so der Sozialexperte Rock. Gerade in den ersten Lebensjahren kommt der gezielten Förderung der kognitiven, aber auch motorischen und sozial-emotionalen Entwicklung von Kindern eine herausragende Bedeutung zu – und in eben diesem Lebensabschnitt gilt es, Defizite und besondere Bedarfe bereits frühzeitig zu erkennen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Hinzu kommt, dass Kinder aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung heute deutlich mehr Zeit in den Kitas verbringen als früher und diese Einrichtungen entsprechend zu den zweitwichtigsten Erziehungsorten nach den Familien geworden sind.

Während die schwarz-grüne Landesregierung nichts unternahme, um Hessens Kitas zu Stätten qualitativ hochwertiger frühkindlicher Bildung auszubauen, bewertet Rock auch die Konzepte der anderen Parteien kritisch: So fordern auch die Freien Demokraten langfristig den beitragsfreien Besuch der Kindertagesstätten, um damit eine Gleichstellung der Einrichtungen als Bildungsort mit Schulen und Hochschulen zu verwirklichen. Jedoch sei dies für die FDP laut Rock nur einer von mehreren notwendigen Schritten, da alleine die Abschaffung der Beiträge noch keinen positiven Effekt auf die Qualität habe: „Von vorrangiger Bedeutung ist für uns deshalb eine Qualitätsoffensive mit einer Verkleinerung der Gruppen und mehr Zeit für die individuelle Förderung und Bildung der Kinder.“



„Es ist unser Anliegen, jedes Kind individuell entsprechend seinen Fähigkeiten und Bedarfen zu unterstützen.“

René Rock,
Vorsitzender der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag

tive Aspekte und die Rolle der Kindertagesstätten in Hessen für die frühkindliche Bildung viel zu kurz kämen: „Es ist unser Anliegen, jedes Kind individuell entsprechend seinen Fähigkeiten und Bedarfen zu unterstützen. Dazu benötigt es einerseits der passgenauen Angebote der frühkindlichen Bildung, aber auch einer grundlegenden beziehungsvollen Betreuung, die das Kind in den Mittelpunkt stellt.“

LANDESPARTEITAG

Politik für Wohlstand statt nur für Wohlfühlen

Von Oliver Stirböck

Die hessische FDP hat sich auf ihrem Landesparteitag programmatisch und personell für die kommenden Wahlen aufgestellt. Die Partei hat sich nicht neu erfunden, aber wieder zu sich gefunden. In Bund und Land.

„Die anderen wollen den Staat stark machen, wir den Einzelnen“, betonte Landesvorsitzender Stefan Ruppert in seiner Rede. „Im Mittelpunkt unseres positiven Menschenbilds stehen die Personen, die mit ihrer Leistungsbereitschaft und harten Arbeit das Rückgrat unserer Gesellschaft bilden – die vergessene Mitte“, sagte Ruppert unter dem Beifall der Delegierten. Die 300 Delegierten in Hanau dankten es ihm bei seiner Wiederwahl mit einem Rekord-Ergebnis von 97,3 Prozent. Nach der Schlappe bei der Bundestagswahl 2013 sei ihm diesmal „nicht bange“ vor dem Urnengang. Ihn freue, dass die Mitglieder zuletzt wieder „mit breitem Kreuz“ aufgetreten seien. Dazu hat auch beigetragen, dass die FDP heute stärker als früher ihre Eigenständigkeit gegenüber potenziellen Koalitionspartnern betont. „Die FDP ist nicht Teil eines Lagers, sondern bildet ihr eigenes, das liberale Lager“, hieß es von Delegierten. Zuversicht schöpft Ruppert auch aus dem Abschneiden bei der Kommunalwahl im März 2016. Die FDP erzielte mit 6,4 Prozent ihr bestes Ergebnis seit 40 Jahren. Auch die Generalsekretärin der Bundespartei, Nicola Beer, setzte sich mit der Strategie für die Bundestagswahl auseinander. Sie rief dazu auf, die Mitte der Gesellschaft nicht den Populisten zu überlassen: „Wir setzen gefühlten Wahrheiten Argumente entgegen.“ Nach einer leidenschaftlichen Rede wählte sie die Landesvertreterversammlung auf Vorschlag Rupperts mit über 90 Prozent zur neuen Spitzenkandidatin der FDP für die Bundestagswahl. Der amtierenden Landtagsabgeordneten folgen



HOMEPAGE:

<http://bit.ly/2uh0pSg>

Landesvorsitzender Ruppert, Bundesschatzmeister Hermann Otto Solms und die Generalsekretärin der Landespartei Bettina Stark-Watzinger.

Dieser oblag es auch den Leitantrag „Wieder Wachstumsland Nr. 1 werden“ einzubringen (siehe Kasten). „Es ist eine alarmierende Entwicklung, dass das Wirtschaftswachstum Deutschlands deutlich unter dem Schnitt in der Europäischen Union und das Wachstum Hessens knapp unterhalb des Bundesdurchschnitts liegt“, betonte sie. Hessen und Deutschland sollten sich wieder auf ihre Stärken besinnen. „Politik für Wohlstand statt nur für Wohlfühlen“, hieß es in der Debatte. Damit grenzte sich die Partei auch gegenüber der Hessischen Landesregierung ab. Deren Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir habe sein Wirtschaftsprogramm wie folgt formuliert: „Nicht nur Chlorchemie, Flughafen, spritschluckende Geländewagen und Hedgefonds“ und mit dieser realitätsfernen Darstellung der früheren Wirtschaftspolitik bewiesen, dass es ihm nicht um Problemlösungen, sondern Symboldebatten gehe. Mit einem neuen Führungsteam und einer starken Bundestagsliste sieht sich die Landespartei nach den Hanauer Versammlungen gut gerüstet für die anstehenden Aufgaben.

Die Bundestagskandidaten der FDP Hessen

Unsere Landesliste zur Bundestagswahl 2017



NICOLA BEER



DR. STEFAN RUPPERT



DR. HERMANN
OTTO SOLMS



BETTINA
STARK-WATZINGER



TILL MANSMANN



ALEXANDER
MÜLLER



WEITERE KANDIDATEN:

<http://bit.ly/2sPFDvq>

„Wieder Wachstumsland Nr. 1 werden“

Hessen ist eine der attraktivsten Regionen: landschaftlich, kulturell und ökonomisch. Deutschland ist eine starke Wirtschaftsnation. Gemeinsam haben wir viel erreicht. Aber in der Politik herrschen Selbstzufriedenheit und Stillstand. Das Wirtschaftswachstum Deutschlands liegt deutlich unter dem Schnitt in der Europäischen Union und das Wachstum Hessens knapp unterhalb des Bundesdurchschnitts. Konjunkturlokomotive – das war einmal. Sollten wir nicht wieder gemeinsam eine neue Dynamik entfalten, damit Hessen Wachstumsland

Nummer 1 in Deutschland wird – und Deutschland in Europa? Sollten wir nicht all unser Streben auf das Ziel ausrichten, unsere Wirtschaftskraft zu stärken?

**Präambel des Leitantrags
„Wieder Wachstumsland Nr. 1 werden“**



HOMEPAGE:

<http://bit.ly/2rM2mEs>

Jetzt erst recht: für ein besseres Europa!

Von Nicola Beer



© sodapix sodapix / iStock / Thinkstock

Brexit, Trump, Erdogan – die Welt um uns herum ist unübersichtlicher geworden. Partner, die bislang unverbrüchlich an unserer Seite standen, sind nicht mehr verlässlich. Und sie werfen die Frage auf uns zurück: Wie halten wir es mit der Zukunft der Europäischen Union? Ja, die Europäische Union ist eine Erfolgsgeschichte. Was mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft begann, hat sich in den vergangenen 60 Jahren zu einem Kontinent des Friedens und der Freiheit entwickelt. Doch ist die EU noch eine Herzensangelegenheit ihrer Bürger? Viele denken heute eher an Krise, Bürokratie und Fremdbestimmung,

wenn von Brüsseler Politik die Rede ist. Die Bürger haben längst bemerkt, dass den aktuell Verantwortlichen in Brüssel und in den Mitgliedsstaaten der Wille für dauerhafte und vor allem gemeinsame europäische Lösungen fehlt. Populistische Parteien, egal ob linke oder rechte, versuchen diese Stimmung aufzunehmen und so Wählerstimmen zu erlangen. Dem kann man engagiertes Handeln entgegensetzen: „Pulse of Europe“ hat gezeigt, dass mutig anpackende Europäer etwas verändern können. Sie sind keine naiven Europaschwärmer, aber sie glauben an die Reformierbarkeit der Europäischen Union. Auch erfreuen

lich: Bei den letzten Nationalwahlen in Großbritannien und Frankreich sowie der Kommunalwahl in Italien waren die Populisten die großen Verlierer.

Umso dringlicher ist eine Neujustierung der europäischen Politik: Die EU muss ihren Bürgern wieder beweisen, dass sie in der Lage ist, in großen Fragen Lösungen zu finden, gemeinsam vereinbarte Regeln einzuhalten und auch durchzusetzen. Und sich gleichzeitig aus allem herauszuhalten, was vor Ort besser geregelt werden kann. „Einhalt in Vielfalt“ darf keine hohle Parole sein. Bereiche, wo wir nur gemeinsam sinnvolle Lösungen hinbekommen, sind z.B. eine solide gemeinsame Währung, die Sicherung unserer Außengrenzen, der europäische Binnenmarkt – aktuell zu ergänzen um Energie und Digitalisierung –, die Handelspolitik, eine gemeinsame Außen-, Entwicklungs-



HOMEPAGE:

<http://bit.ly/2sA5xRH>

Firmen zusammenzuarbeiten. Genau wie es im Interesse Hessens sein muss, dass unsere einheimischen Firmen auch zukünftig möglichst intensive Geschäftsbeziehungen zu Großbritannien unterhalten können. Kurz gesagt: Wir brauchen ein Freihandelsabkommen und aus meiner Sicht wäre CETA hervorragend als Blaupause geeignet. Zudem sollten wir eine offene Diskussion über die zukünftige institutionelle Aufstellung der EU führen. Brauchen



„Die EU muss ihren Bürgern wieder beweisen, dass sie in der Lage ist, in großen Fragen Lösungen zu finden, gemeinsam vereinbarte Regeln einzuhalten und auch durchzusetzen.“

Nicola Beer, MdB, Staatsministerin a.D., Generalsekretärin der FDP

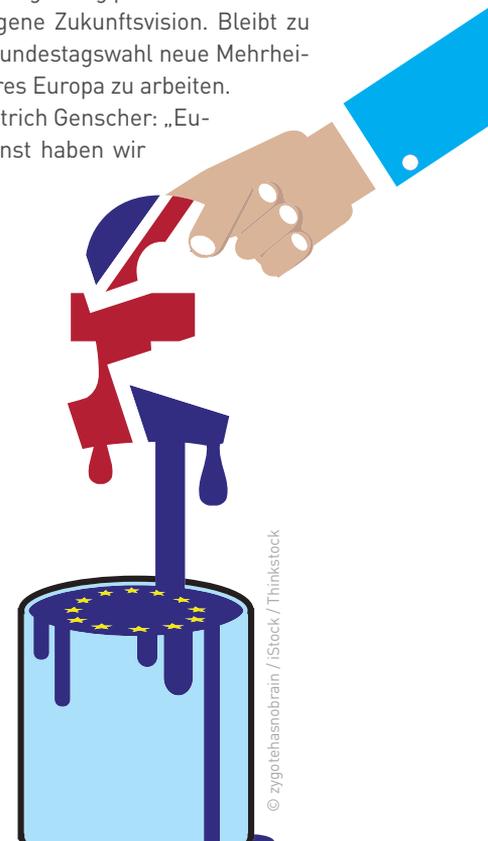
hilfe- und Sicherheitspolitik sowie eine europäische Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungspolitik.

Letztere ist ein Paradebeispiel dafür, wie Verschleppung von sich klar abzeichnendem Handlungsbedarf erst zur Krise führt. Es ist beschämend, wenn von den (gemeinsam) vereinbarten 160.000 Menschen bis Ende Mai erst ca. 18.000 aus Griechenland und Italien umgesiedelt werden konnten. Es beschädigt unsere gemeinsamen Grundwerte, wenn wir die Beitrittsverhandlungen mit einer immer autokratischer regierten Türkei nicht beenden, weil wir mangels eigener Handlungsfähigkeit durch den Flüchtlingsdeal mit Erdogan erpressbar geworden sind.

Statt sich aber auf diese Herausforderung zu konzentrieren, legt die Europäische Kommission einen Vorschlag für die Schaffung einer „europäischen Säule sozialer Rechte“ vor. Während Linke und Sozialdemokraten dies nicht nur begrüßen, sondern weitergehende Forderungen erheben, glaube ich, dass die Vergemeinschaftung der Sozialpolitik nicht der richtige Weg ist. Weder um die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Mitgliedsstaaten zu steigern noch um die Skepsis der Menschen gegenüber Europa zu senken. Nicht von ungefähr war die „europäische“ Sozialpolitik auch beim Brexit-Referendum ein bestimmendes Thema.

Das darf nicht dazu führen, dass nun die Briten „abgestraft“ werden. Für uns Freie Demokraten ist klar, dass es eine gute und solide Grundlage für die weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und der EU geben muss. Dies ist auch für Hessen von besonderer Bedeutung. Britische Firmen sollen weiterhin die Möglichkeit haben, nach Hessen zu exportieren und mit hessischen

wir so viele Kommissare? Brauchen wir nicht mehr Gestaltungsrechte des Parlaments? Kann das Parlament verkleinert werden? Und wie soll nach dem Ausscheiden Großbritanniens, des zweitgrößten Nettozahlers, der EU-Haushalt zukünftig ausgestaltet werden? Die Brexit-Verhandlungen können eine Chance bieten, mit einzelnen Reformen zu beginnen und so die Europäische Union fit für die Zukunft zu machen. Dafür braucht es endlich wieder verantwortungsvolle Führung in Europa statt Funktionäre und Bürokraten. Deutschland könnte und müsste hier eine Schlüsselrolle einnehmen. Doch die Bundesregierung präsentiert sich als vielstimmiger Chor ohne eigene Zukunftsvision. Bleibt zu hoffen, dass sich nach der Bundestagswahl neue Mehrheiten finden, um für ein besseres Europa zu arbeiten. Ganz im Sinne von Hans-Dietrich Genscher: „Europa ist unsere Zukunft, sonst haben wir keine.“



© zygotehasnabrain / iStock / Thinkstock

Rock übernimmt Vorsitz der FDP-Landtagsfraktion



„Mit ihm verliert die Landespolitik einen fachlich hoch kompetenten, ordnungspolitisch gradlinigen und über lange Jahre engagierten Demokraten.“ – Die Stimmen, die wie unter anderem der VhU-Hauptgeschäftsführer Dirk Pollert im Nachgang an die Entscheidung von Florian Rentsch ihr Bedauern ausdrückten, waren zahlreich. Für viele überraschend hatte der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag Rentsch Ende April erklärt, sich aus der Politik zurückzuziehen und sich eine neue Herausforderung in der Wirtschaft zu suchen. Künftig wird der 42-Jährige, der

all seine politischen Ämter niederlegte, als Vorstandschef das neue Sprachrohr des Verbandes der Sparda-Banken sein.

Mit dem Seligenstädter Landtagsabgeordneten René Rock wählte die Fraktion einen neuen Vorsitzenden, der als Parlamentarischer Geschäftsführer bereits seit vielen Jahren gemeinsam mit Rentsch die Geschicke in der Fraktion lenkte. „In den zurückliegenden Jahren konnten wir beweisen, dass wir in der Lage sind, unsere Themen nachhaltig auf die landespolitische Agenda zu setzen und mit unseren Positionen durchzudringen. Diesen erfolg-

reichen Kurs möchte ich gemeinsam mit meinen Fraktionskollegen auch künftig fortsetzen und somit dazu beitragen, dass die FDP in der kommenden Legislaturperiode mit einer deutlich größeren Fraktion im Landtag vertreten sein wird“, erklärte Rock im Anschluss an seine einstimmige Wahl zum neuen Vorsitzenden.

Das Ausscheiden von Florian Rentsch bedingte weitere personelle Veränderungen in der Landtagsfraktion: So wurde Jürgen Lenders zum neuen Parlamentarischen Geschäftsführer ernannt und als Nachrücker wird künftig Dr. Frank Blechschmidt, der bereits von 2009 bis 2014 Landtagsabgeordneter war, erneut dem hessischen Parlament angehören.

3 Fragen an René Rock

frei.hessen: Wo sehen Sie persönlich die größten Unterschiede zu Ihrem Vorgänger Herrn Rentsch?

Rock: Zuallererst möchte ich meinem Vorgänger im Amt, mit dem ich viele Jahre lang hervorragend zusammengearbeitet habe, nochmals herzlich danken. Natürlich bringt jeder Politiker viel von seiner Persönlichkeit und auch von seinen eigenen Überzeugungen in seine Arbeit mit ein. Die Ausrichtung der FDP-Fraktion wird sich jetzt natürlich nicht radikal ändern, aber eventuell werden sich einzelne thematische Nuancen unterscheiden.

frei.hessen: Sie haben angekündigt, die Fraktion werde sich thematisch breiter aufstellen.

Was bedeutet das konkret?

Rock: In den vergangenen Jahren hat sich die Fraktion eine sehr gute Kompetenz bei den wichtigen Themen Wirtschaft, Verkehr, Bildung und Energie erarbeitet. Daher will ich nun den Fokus ganz bewusst auf ein neues Thema richten, das mir sehr am Herzen liegt: die frühkindliche Bildung. Denn wir wissen heute, dass die Bildungsprozesse der frühen Kindheit den weiteren Bildungsweg unserer Kinder ganz entscheidend beeinflussen.

frei.hessen: Wie wollen Sie die frühkindliche Bildung in Hessen voranbringen?

Rock: Vor allem durch größere Investitionen in diesen Bereich. Denn jeder Euro, der für eine qualitativ gute Frühförderung ausgegeben wird, führt auf lange Sicht dazu, dass später weniger Mittel eingesetzt werden müssen, um Versäumtes zu reparieren. Um die hessischen Kitas zu Bildungsorten auszubauen und die Kinder bestmöglich zu fördern, wollen wir in die Qualität der Einrichtungen investieren. Denn uns geht es um die bestmöglichen Voraussetzungen für jedes einzelne Kind.



RENÉ ROCK

Geboren am 29. November 1967 in Offenbach am Main
Verheiratet, eine Tochter

seit 1998: Kreisvorsitzender des Kreisverbandes Offenbach Land

2001–2016: Fraktionsvorsitzender der FDP im Kreistag Offenbach

2001–2014 und 2016: Fraktionsvorsitzender der FDP in der Stadtverordnetenversammlung Seligenstadt

seit 2006: Mitglied und seit 2011 Fraktionsvorsitzender der FDP in der Regionalversammlung Südhessen

seit 2008: Mitglied des Hessischen Landtags

2009–2014: Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag

seit 2014: Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag

Soziale Marktwirtschaft – Freund oder Feind?

Von Bettina Stark-Watzinger



Wer Lust auf einen kleinen Aufruhr – besser bekannt unter dem Begriff Shitstorm – hat, muss nur bei Facebook oder Twitter einen Post zum Thema Soziale Marktwirtschaft absetzen. Zuverlässig folgen patzige Reaktionen wie zum Beispiel diese: „Geht es denn nur noch um Unternehmen? Was ist eigentlich mit den Bürgern und Menschen?“ Da wird – aufgrund von Vorurteilen, aus Vergnügen an der eigenen Übel-launigkeit, aus Lust am Provozieren? – ein Gegensatz konstruiert, den es nicht gibt. Es ist Zeit für eine engagierte Widerrede.

Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht der Feind der „Bürger und Menschen“ (wenn es da denn einen Unterschied gibt), sondern ihr Partner. Die Soziale Marktwirtschaft ist der Garant dafür, dass sich Wirtschaft und Gesellschaft frei entwickeln, dass Wohlstand wächst.



„Was wir wirklich brauchen, ist ein fairer Ausgleich zwischen überzogener Regulierung und uneingeschränkter Freizügigkeit.“

Bettina Stark-Watzinger,
Generalsekretärin der FDP Hessen

Wir in Deutschland wissen es doch am besten: Je mehr die Wirtschaft gegängelt und reguliert wird, desto schlechter ist es um jeden Einzelnen bestellt. Die DDR hat 40 Jahre lang Planwirtschaft betrieben, vorgeblich im Interesse der arbeitenden Klasse. Tatsächlich haben von diesem System nur Parteikader profitiert. Freie Berufswahl? Vergiss es, die Partei weiß, was gut für dich ist. – Eigenverantwortliche Gewerbetreibende statt Mitarbeiter im Kollektiv? Njet, die Welt braucht keine Ausbeuter. – Freie Auswahl in Konsum oder HO? Nicht nötig, im 5-Jahres-Plan steht genau, was wir heute brauchen. Die Planwirtschaft der DDR hat weder Wohlstand noch Wachstum geschaffen, sondern nur Unfreiheit und Mangel.

Auf der Gegenseite steht die Soziale Marktwirtschaft, in den 60er Jahren in der alten Bundesrepublik etabliert und mit dem Namen von Ludwig Erhard verbunden. Sie war die Grundlage dafür, dass die Bundesrepublik wirtschaftlich aufgestiegen ist, dass Deutschland die Vereinigung gemeistert hat und dass alle Deutschen zusammen heute Export-Weltmeister sind, mit einer international bewunderten wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Stabilität.

Ist also alles gut? Von außen betrachtet: Ja. Bei genauerem Hinsehen: Nein. Die deutsche Wirtschaft könnte mehr leisten, könnte zukunftsfähiger sein und den Menschen mehr Wohlstand bescheren, wenn wir vor allem kleine und mittlere Betriebe von bürokratischen Zumutungen und überzogener Regulierung befreien.

Die deutsche Wirtschaft und jeder Einzelne können mehr für sich und andere erreichen, wenn der Staat sie denn ließe. Falsch verstandene Fürsorge, Klientel-Politik und Misstrauen in den freien Markt haben dazu geführt, dass sich der Staat immer wieder einmischt – und letztlich meist Schaden anrichtet wie beim Flughafen BER, wo das Planungschaos den Steuerzahler vier Milliarden Euro zusätzlich kostet. Vier Milliarden Euro!

Natürlich, Vorgaben und Regeln sind wichtig. Nicht alles, was der Einzelne will, ist förderlich für die Gemeinschaft. Umgekehrt ist manches, was eine Gemeinschaft aus Erfahrung, Gewohnheit oder Bequemlichkeit schätzt, aus der Zeit gefallen und hinderlich für die Weiterentwicklung. Was wir wirklich brauchen, ist ein fairer Ausgleich zwischen überzogener Regulierung und uneingeschränkter Freizügigkeit. Entscheidend ist, dass jeder und jede einzelne Bürgerin und Verbraucherin, jede Unternehmerin und jede Rentnerin die Gewissheit hat: Es gibt einen fairen Wettbewerb, und ich habe die Wahl.

Das ist es, was die Soziale Marktwirtschaft mit starken kleinen und mittleren Unternehmen garantiert. Auch wenn viele Parteivertreter es von sich selbst gerne glauben möchten, es gibt kein zentrales Supergehirn, das weiß, was 83 Millionen Deutsche wollen, was ihre Bedürfnisse sind. Wir müssen vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen die Chance geben, mit größtmöglichem Freiraum Lösungen und Perspektiven anzubieten.

Und wird dann wirklich alles gut? Natürlich nicht jetzt und gleich, aber auf längere Sicht, mit Einsatzbereitschaft, Ausdauer und Lernfähigkeit. Der österreichische Ökonom Friedrich August von Hayek hat den Markt als Such- und Entdeckungsverfahren beschrieben. Das Suchen und Entdecken schließt das Recht auf Irrtum mit ein. Nur wer irrt, kann lernen und langfristig wachsen.

Wir reden heute mit einer Mischung aus Faszination und Schrecken davon, wie schnell sich wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedingungen verändern. Wenn wir mit diesen Veränderungen Schritt halten wollen, wenn wir die Zukunft selbstbestimmt gestalten wollen, dann brauchen wir mehr Menschen, die den Mut und die Kraft haben, frei Ideen zu entwickeln, und andere Menschen mitreißen.

Lassen Sie uns Hindernisse abbauen und genau diese Menschen unterstützen.



HOMEPAGE:

<http://bit.ly/2rChsNL>

Wirtschafts- und Industriestandort Hessen stärken

Mundipharma verlässt Hessen. Spezialguss Wetzlar meldet Insolvenz an. Coty macht das Wella-Werk in Hünfeld dicht. Sanofi baut knapp 500 Stellen am Standort Frankfurt ab. Die Schlagzeilen von Stellenstreichungen und Standortschließungen bei führenden hessischen Industrieunternehmen überschlagen sich in jüngster Zeit. Mehr als 1.000 Stellen gehen allein bei den vier genannten Betrieben verloren – zusätzlich zu den rund 2.000 Industriearbeitsplätzen, die seit 2013 in Hessen bereits abgebaut wurden. Jürgen Lenders, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, beobachtet diesen Trend mit Sorge: „Es reicht nicht, dass Mitglieder der Landesregierung mit betroffenen Mienen vor Werkstoren posieren und anschließend zur Tagesordnung übergehen. Was unser Land jetzt braucht, ist eine aktive Standortpolitik, die die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen stärkt, Investitionen erleichtert und die Arbeitsplätze in Hessen sichert.“

Hessen sackt immer weiter ab

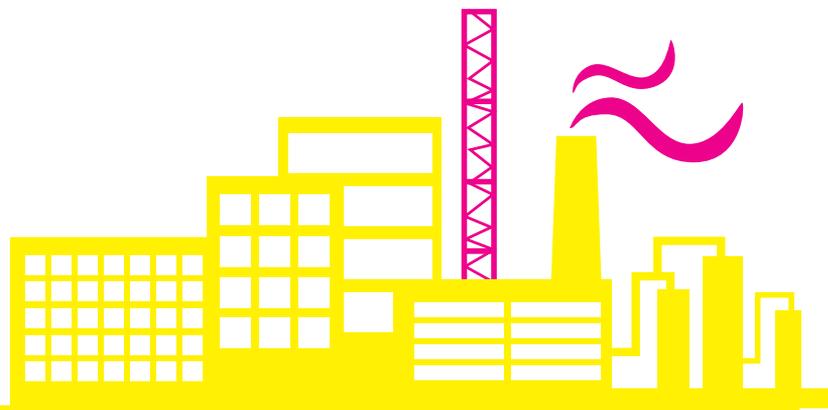
Seitdem die schwarz-grüne Landesregierung und Tarek Al-Wazir als zuständiger Minister Verantwortung für den Wirtschafts- und Industriestandort Hessen übernommen haben, wird dieser nicht stärker, sondern schwächer. Mit einem BIP-Wachstum von 1,5 Prozent rangiert Hessen im bundesweiten Vergleich gerade mal auf dem neunten Platz – weit abgeschlagen von Ländern wie Bayern oder Baden-Württemberg. Und beim Europäischen Innovationsindex, den Wirtschaftsminister Al-Wazir einst als Messlatte für die innovativsten Industriestandorte Europas postulierte – weil „dessen Indikatoren-Auswahl uns am überzeugendsten erscheint, weil dieser neben Forschung und Entwicklung, den Patentanmeldungen auch die Erwerbstätigen in industriellen Hochtechnologiebranchen, in den wissensintensiven Dienstleistungen und den wissenschaftlich-technischen Berufen erfasst und bewertet“ – und parallel dazu das Ziel formulierte,

Hessen unter die Top Fünf bringen zu wollen, ist das Land mittlerweile sogar vom siebten auf den zehnten Platz abgerutscht. Auch die Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main kommt in ihrer jüngsten Untersuchung des Netzwerks Industrie für das Gebiet der Metropolregion FrankfurtRheinMain zu dem Schluss, dass Hessen „längst nicht mehr zu den am stärksten prosperierenden Regionen in Deutschland zählt“. In der Studie wird auch deutlich, dass eine leistungsfähige digitale Infrastruktur inzwischen zur Schlüsselgröße für die Wettbewerbsfähigkeit geworden ist: 88 Prozent der Industrieunternehmen und 91 Prozent der industrienahen Dienstleister messen ihr die größte Bedeutung bei der Bewertung des Wirtschaftsstandorts zu. Daneben zählen Fachkräfteangebot, Verkehrsverhältnisse und eine verlässliche Energieversorgung zu den wichtigsten Standortfaktoren. „In allen Bereichen hat Hessen in dieser Legislaturperiode Rückschritte gemacht“, stellt Jürgen Lenders fest. „Um nur einige Beispiele zu nennen: Bei der Versorgung mit Anschlüssen über 50 MBit/Sekun-

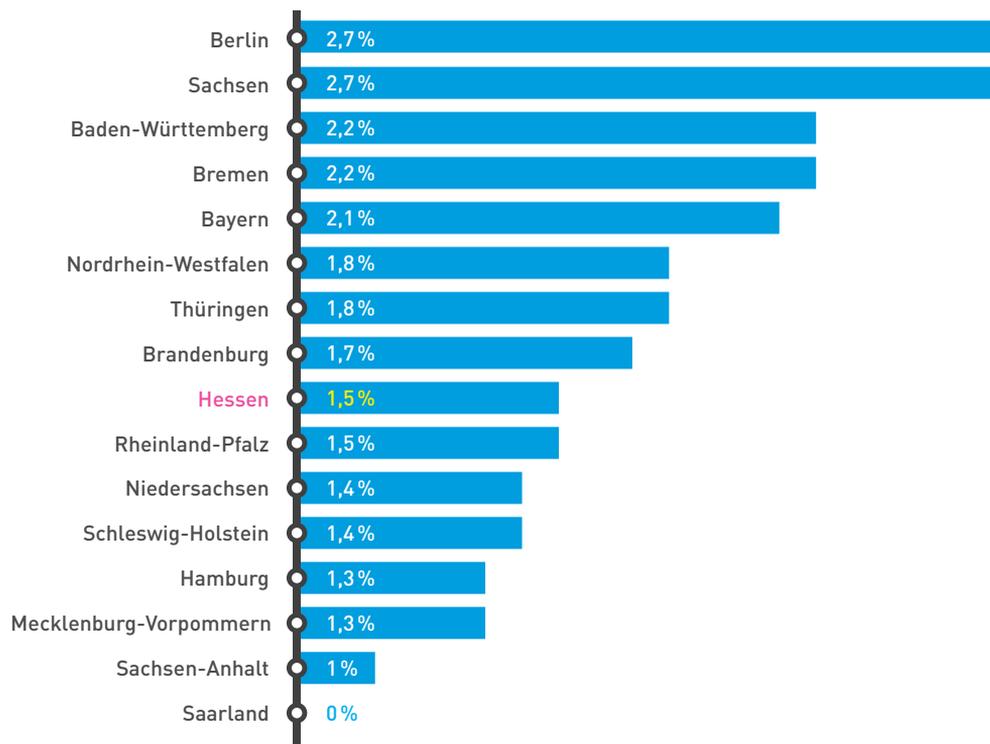
Europäischer Innovationsindex 2016

Rang	Wert	Land/Region
1	69,5	Baden-Württemberg (Deutschland)
2	56,7	Bayern (Deutschland)
3	54,6	Île de France (Frankreich)
4	53,8	Dänemark
5	53,3	Schweden
6	52,9	Zuid-Nederland (Niederlande)
7	52,3	Finnland
8	51,9	Luxemburg
9	50,6	Berlin (Deutschland)
10	49,8	Hessen (Deutschland)
11	46,7	Hamburg (Deutschland)
12	46,5	Österreich
13	45,7	Centre-Est (Frankreich)
14	45,1	Rheinland-Pfalz (Deutschland)
15	44,4	Niedersachsen (Deutschland)

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



BIP-Wachstum in deutschen Bundesländern im Jahr 2016



de liegt Hessen hinter dem Agrarland Schleswig-Holstein. Allein 39 Millionen Euro, die für den Straßenbau vorgesehen waren, hat das Land im vergangenen Jahr freiwillig an den Bund zurückgegeben. Während Airports wie München oder Amsterdam kräftig zulegen, stagnieren die Passagierzahlen am Frankfurter Flughafen und die Landesregierung plant weitere Kapazitätsbeschränkungen. Und trotz Energiekosten auf Rekordniveau tut Schwarz-Grün derzeit alles dafür, um den hochsubventionierten Windkraftausbau noch weiter voranzutreiben.“ Statt eines 140 Millionen Euro teuren Klimaschutzplans und eines Fahrverbots für Dieselfahrzeuge bedarf es laut

Lenders mehr Investitionen in Bundes- und Landesstraßen, einer Stärkung des Flughafens Frankfurt, der Abschaffung des EEG sowie einer Digitalisierungsoffensive. „Wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel in der hessischen Industrie- und Wirtschaftspolitik. Unser Ziel muss es sein, das Potenzial Hessens voll auszuschöpfen und unser Bundesland wieder zum Innovationsführer zu machen. Aber genau hierfür braucht man auch den politischen Willen und man muss bereit sein, dafür hart zu arbeiten“, unterstreicht Lenders die Ideen der Freien Demokraten im Hessischen Landtag für die Stärkung des Wirtschafts- und Industriestandorts Hessen.

Die schwarz-grünen Vorkämpfer für Respekt und die nüchterne Realität

Eigentlich hatte sich die Landesregierung für das Jahr 2017 wirklich Großes vorgenommen: Im selbst ausgerufenen „Jahr des Respekts“ wolle man mit gutem Beispiel vorangehen und ein respektvolles Miteinander vorleben, erklärten Ministerpräsident Bouffier und sein Stellvertreter Al-Wazir. Ohne Zweifel ein sehr wichtiges Thema, das sich die schwarz-grüne Koalition für ihre landesweite Kampagne ausgewählt hat. Nur mit besagtem „Vorleben“ hapert es leider in gleich mehreren Bereichen gewaltig.

Ein besonders deutliches Beispiel ist der Umgang von Union und Grünen mit den Rechten der Opposition im Parlament: Denn eigentlich muss die Hessische Landesregierung den Landtagsabgeordneten innerhalb klar festgelegter Fristen Rede und Antwort stehen. Doch die schwarz-grüne Landesregierung, die sich selbst zur Vorkämpferin für eine „neue Kultur der Beteiligung“ ernannt hat, nimmt es damit nicht so genau – besonders bei Fragen, die der Koalition unangenehm sind. Unliebsame Fragen erst mehrere Monate nach Ablauf der entsprechenden Fristen zu beantworten, ist in einigen Ministerien keine Ausnahme, sondern die Regel.

Wenn sich ein Minister dann wegen hartnäckigen Nachhakens nicht länger vor einer Beantwortung drücken kann, zeigt er gerne recht unverblümt, was er von der Anfrage hält: So passiert es häufig, dass missliebige Fragen der Opposition nur sehr dürftig beantwortet oder schlicht übergangen werden. Auch die Anfrage der FDP-Fraktion, was sich die Landesregierung die besagte „Respekt“-Kampagne denn kosten lasse, stieß auf spürbar wenig Begeisterung. Die Antwort: unwillig, ausweichend und vor allem ohne jegliche konkrete Zahlen. Etwas mehr Respekt vor dem berechtigten Interesse der hessischen Bürger, was mit ihren Steuergeldern geschieht, wäre unserer Meinung nach aber durchaus angebracht gewesen.



DANIEL RUDOLF
Pressesprecher

Dass es im parlamentarischen Betrieb manchmal zwischen Regierung und Opposition etwas ruppiger zugeht, gehört in Hessen ja schon fast zum Brauchtum. Dass in Ministerien jedoch mit Zwangsversetzungen und systematischem Mobbing gegen das eigene Personal vorgegangen wird, ist eine Neuerung unter Schwarz-Grün – und hat mit dem vielbeschworenen christlich-ökologischen „respektvollen Miteinander“ äußerst wenig zu tun. So schlug der Fall eines Abteilungsleiters im Wirtschafts- und Verkehrsministerium, der bundesweit als ausgewiesener Fachmann für Flughafen- und Infrastrukturpolitik gilt, nun von Minister Al-Wazir jedoch von seinen Aufgabengebieten abgezogen wurde, zuletzt hohe Wellen im Hessischen Landtag. Doch statt den kruden, parteitaktisch motivierten Kurs in der Personalpolitik einfach rückgängig zu machen, bescherte der Minister dem Land lieber eine ausgewachsene „Beamtenaffäre“ (Wiesbadener Kurier) und den hessischen Steuerzahlern eine saftige Rechnung für die teure Versetzung. Irgendwie bekommt das gut gemeinte Kampagnen-Motto „Achtung. Fairness. Hessen.“ vor diesem Hintergrund einen recht fahlen Beigeschmack.

PINNWAND

80. Geburtstag

Bei bester Gesundheit feierte Parteigurgestein Otto Wilke aus Waldeck-Frankenberg seinen 80. Geburtstag. Durch seine 25-jährige Parlamentszugehörigkeit und seinen langjährigen Vorsitz der hessischen Landtagsfraktion gilt der Nordhesse bis heute vielen Parteifreunden als wertvoller Ratgeber. Landesvorsitzender Dr. Stefan Ruppert würdigte insbesondere Wilkes langjähriges Engagement im Landesvorstand sowie als Schatzmeister der hessischen Freidemokraten.



Vier Hessen im Bundesvorstand

Die hessische FDP ist in den obersten Parteigremien weiterhin stark vertreten. Während mit Dr. Hermann Otto Solms, Nicola Beer und Hans-Joachim Otto alle bisherigen hessischen Mitglieder der Bundesführung auf dem Bundesparteitag in Berlin in ihren Ämtern bestätigt wurden, gelang der hessischen Generalsekretärin Bettina Stark-Watzinger mit einem großartigen Ergebnis von 85 Prozent erstmals der Einzug in den Bundesvorstand.

Jubiläum und Bundesverdienstkreuz

Ereignisreiche Wochen liegen hinter dem hessischen Landtagsabgeordneten Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn. Der ehemalige Minister für Justiz, Integration und Europa und stellvertretende Ministerpräsident feierte nicht nur sein 30-jähriges Landtagsjubiläum, sondern wurde parallel von Ministerpräsident Bouffier mit dem Bundesverdienstkreuz für sein langjähriges Engagement in der Kommunalpolitik ausgezeichnet.



LFA-Vorsitz abgegeben

Nach zehn Jahren hat Wolfgang Berns aus Herborn den Vorsitz des LFA Wirtschaft, Steuern und Finanzen abgegeben. Insgesamt hatte er dem Gremium über zwei Jahrzehnte lang angehört. Sein Nachfolger wird Christoph Hentzen aus Darmstadt. Berns ist seit 1997 Mitglied im Bezirksvorstand und sitzt seit 2011 für die FDP im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises. Dem Bundesausschuss Wirtschaft und Energie gehört er seit 2003 bis heute an.



Sechs LWV-Mandate

Mit sechs Mandatsträgern ist die FDP in der Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen vertreten. Dies sind Fraktionsvorsitzender Dr. Stefan Naas (Wahlkreis III/Steinbach/Taunus), Johannes Baron (Wahlkreis I/Kelkheim, fehlt auf dem Bild), Jörg Behlen (Wahlkreis IV/Ebsdorfergrund), Georg Schneider (Wahlkreis I/Offenbach am Main), Michael Schübler (Wahlkreis II/Rodgau) und Henry Thiele (Wahlkreis V/Eschwege). Nils Weigand (nicht auf dem Bild) aus Melsungen fungiert als ehrenamtlicher Beigeordneter im Verwaltungsausschuss.



Inhalte statt Dienstwagen



NICOLA BEER, MDL
Staatsministerin a.D.,
Generalsekretärin der FDP

Die Umfragewerte der Freien Demokraten lagen nach 2013 zwischenzeitlich bei 2 Prozent. Woher haben Sie in dieser Zeit Ihre Motivation geschöpft, weiter an das Projekt Wiederauferstehung zu glauben?

Es sind vor allem die Menschen und ihre Potenziale, an die ich glaube. Sie haben eine Politik verdient, die es ihnen ermöglicht, das Beste aus sich herauszuholen, aus eigener Kraft ihre Träume zu verwirklichen, Chancen in Erfolge zu verwandeln und dabei die Gesellschaft als Ganzes nicht aus dem Blick zu verlieren. Das ist die Botschaft von Freiheit und Verantwortung, das gibt es nur bei den Freien Demokraten. Und da waren über 50.000 Freie Demokraten, die fest zu dieser Vorstellung einer mündigen Bürgergesellschaft standen – da war Aufgeben keine Option!

Was waren die wichtigsten Etappen auf dem Weg zurück in die Erfolgsspur?

Zu Beginn standen unzählige persönliche Gespräche mit Mitgliedern in Orts- und Kreisverbänden. Der Neuanfang konnte nur über die Basis funktionieren. Ohne den Input, ohne die Unterstützung der Mitglieder wäre das Projekt nicht gelungen. So haben wir zu unseren Wurzeln zurückgefunden. So haben wir uns zur Mitmachpartei formiert. So haben wir als Gesamtpartei jeder für jeden gekämpft. So kam es zu den Erfolgen von Katja Suding und Lencke Steiner. Sie sorgten für Rückenwind. Dass Uli Rülke in Baden-Württemberg statt Überzeugungen aufzugeben auf die harte Oppositionsbank gegangen ist, dass dank

Volker Wissing der Mainzer Koalitionsvertrag deutlich die Handschrift der FDP trägt, hat zur Glaubwürdigkeit beigetragen. Und Schleswig-Holstein und NRW sind jetzt wichtig für den Endspurt.

Inwiefern hat sich die Partei gegenüber 2013 verändert?

Wir haben eine klare Botschaft, wir machen ein Angebot für alle Menschen. Wir stehen geschlossen hinter Inhalt und Personal, sind mutig, aber nicht übermütig.

Welches Ergebnis streben Sie bei der Bundestagswahl für die Freien Demokraten an?

Deutlich über 5 Prozent, zweistellig wäre grandios.

Können Sie sich eine Ampel- oder Jamaikakalition im Bund vorstellen?

Bei den Umverteilungs-, Sozialneid- und Bevormundungsdebatten, die SPD und Grüne im Bund führen? Mir fehlt die Phantasie, wie sie Partner einer Modernisierungs-Agenda 2030 sein könnten.

An welche Bedingungen würden Sie eine Regierungsbeteiligung knüpfen?

Mehr Investitionen in Bildung, Innovation und Infrastruktur, mehr Mut zur Sozialen Marktwirtschaft, eine faire Balance zwischen Privat und Staat sowie einen durchsetzungsfähigeren Rechtsstaat, der die Sicherheit bietet, damit jeder selbstbestimmt leben kann. Für uns gilt: Inhalte sind wichtiger als Dienstwagen.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Wirtschafts- und Sozialpolitik Verlags GmbH
Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden
Telefon 0611 99906-14

REDAKTION

FDP-FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Daniel Rudolf, Tatjana Hajmássy (V.i.S.d.P.)
Schloßplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Telefon 0611 350-576, Fax 0611 350-579
E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de
www.fdp-fraktion-hessen.de

FDP-LANDESVERBAND HESSEN

Michael Brückmann (V.i.S.d.P.)
Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden
Telefon 0611 99906-15
E-Mail: hessen@fdp.de
www.fdp-hessen.de

Das Magazin von Partei und Fraktion der Freien Demokraten Hessen erscheint zweimal im Jahr.

DRUCK Druckerei Chmielorz GmbH, Ostring 13, 65205 Wiesbaden BILDNACHWEIS

Thinkstock | iStock | Archiv der FDP-Fraktion | Archiv des FDP-Landesverbandes | Archiv der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit | Privat